

Zeitschrift:	Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale
Herausgeber:	Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Band:	17 (2001)
Artikel:	Rezession, Technologiepolitik und Risikokapital : das Scheitern der Innovationsrisikogarantie, 1985
Autor:	Straumann, Tobias
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-871913

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

TOBIAS STRAUMANN

Rezession, Technologiepolitik und Risikokapital

Das Scheitern der Innovationsrisikogarantie, 1985¹

Im Februar 1977 lancierte die *Volkswirtschaft* – das Organ des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) – eine dreiteilige Serie zur schweizerischen Forschungspolitik. Im ersten Artikel erklärte ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des EVD den grösseren Zusammenhang dieser Themenwahl. Die schweizerische Volkswirtschaft, schrieb er, befindet sich in einer «Nachrezessionsphase», deren Erscheinungsbild «vielschichtig, widerspruchsvoll und verwirrend» sei. Ausserdem bahne sich ein Umbruch des wirtschaftspolitischen Denkens an, das Verhältnis von Wirtschaft und Staat werde völlig neu überdacht. Im Brennpunkt stehe nun die Frage, «mit welchen Instrumenten das Wirtschaftswachstum wieder in Gang gebracht» werden könne, und das zentrale Problem sei heute die «Wettbewerbsfähigkeit». Deshalb müsse die Politik, so die Schlussfolgerung des EVD-Experten, Forschung und Entwicklung als «Wachstumsfaktoren par excellence» viel stärker als bis anhin fördern.²

Mit dieser Forderung lehnte sich der EVD-Experte 1977 nicht zu weit aus dem Fenster. Im Gegenteil: Seit dem Ölpreisschock und dem Ausbruch einer globalen Rezession im Jahr 1973 sprach man in allen Industrieländern vom Problem der Wettbewerbsfähigkeit, und überall kam es zu einer Art Wiederentdeckung der Wissenschafts- und Technologiepolitik als Mittel der Krisenüberwindung. Die OECD schrieb 1981 in einem vielbeachteten Bericht: “Far more than previously, the policies of OECD governments towards science and technology now flow from economic, foreign and social policy concerns. Inflation, unemployment, lack of economic growth, the necessity for adjustment policies, the inexorably rising costs of energy imports, uncertain availability of crucial raw materials: such problems largely determine the policy-agendas of most governments.”³

Die politischen Massnahmen, die aus diesem erneuerten Interesse an der Wis-

senschafts- und Technologiepolitik erwuchsen, waren sehr vielfältig. Zum einen bauten die westlichen Regierungen die bereits bestehenden Programme aus, zum anderen entwickelten sie neue Instrumente. Auch in der Schweiz blieb es in den späten 1970er Jahren nicht bei Artikelserien in der *Volkswirtschaft*, es setzte eine regelrechte technologiepolitische Offensive ein. Zu den neuen Instrumenten gehörte die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mittels einer sogenannten Innovationsrisikogarantie: der Staat sollte als Rückversicherer dafür sorgen, dass potentielle Geldgeber eher das Risiko eingehen würden, junge und innovative Firmen in der schwierigen Frühphase zu finanzieren. Den Arbeitgeber- und Unternehmerverbänden ging diese staatliche Offensive jedoch zu weit. Sie ergriffen das Referendum, und die Vorlage wurde 1985 an der Urne verworfen (43% zu 57% der Stimmen).

Der vorliegende Aufsatz will die Geschichte dieser technologiepolitischen Offensive untersuchen, denn sie hat das Verhältnis von Staat und Innovation nachhaltig verändert. Gleichzeitig soll deutlich werden, wie eng begrenzt der technologiepolitische Spielraum in der Schweiz ist – selbst wenn die politischen Umstände noch so günstig sind, wie dies in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren zweifellos der Fall war. Nicht nur vor jener Reformära, auch danach ist nie mehr eine Konstellation eingetreten, in der so viele politische Kräfte davon überzeugt waren, dass der Staat eine aktiver Rolle in der Technologiepolitik spielen sollte. Zwar werden die institutionellen Neuschöpfungen aus jener Zeit bis heute alimentiert, aber an einen weiteren Ausbau ist kaum zu denken. In der Krise der 1990er Jahre standen nicht mehr Forschung und Entwicklung im Zentrum der Debatte, sondern die «Revitalisierung» der Wirtschaft mittels Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung.⁴

Die Grundzüge dieser technologiepolitischen Offensive der späten 1970er und 80er Jahre sind relativ gut bekannt, v. a. dank der OECD-Studie von 1989 und dem Standardwerk *Technik-Standort Schweiz* (1991).⁵ Zu Beginn der 1990er Jahre ist jedoch dieser Forschungszweig wieder abgestorben, so dass der Forschungsstand alles andere als befriedigend ist. Erst in jüngster Zeit ist – im Zuge eines allgemeinen Aufschwungs der schweizerischen Wissenschafts- und Technikforschung – die Thematik wieder aufgegriffen worden: im März 2000 bewilligte der Nationalfonds ein umfangreiches Projekt zur schweizerischen Forschungspolitik in internationaler Perspektive.⁶ Fast gänzlich – und hier will der Aufsatz einen innovativen Beitrag zur Forschung leisten – fehlen Studien, welche die Technologiepolitik aus der Perspektive der allgemeinen Wirt-

schaftspolitik behandeln.⁷ Aus der Krisenerfahrung der 1990er Jahre haben sich nämlich ganz neue wissenschaftliche Fragestellungen nach dem Verhältnis von Rezession, Krisendeutung und Politik ergeben.

Der Aufsatz ist in fünf Kapitel unterteilt. Das erste Kapitel behandelt die internationalen Zusammenhänge zwischen Rezession, Wirtschaftspolitik und Technologiepolitik in den 1970er und 80er Jahren; das zweite Kapitel untersucht dieselbe Thematik im schweizerischen Kontext. Im dritten Kapitel wird die Vorbereitung der Innovationsrisikogarantie (IRG) beschrieben, im vierten Kapitel ihr Scheitern im September 1985, womit zugleich die Grenzen einer zukünftigen schweizerischen Technologiepolitik abgesteckt wurden. Das fünfte Kapitel zeigt schliesslich, dass die technologiepolitische Offensive trotz des Scheiterns der IRG die Wirtschaftspolitik bis heute nachhaltig prägt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts spielt der Staat eine aktivere Rolle in der Technologieförderung als vor der grossen Rezession von 1973.

Rezession, Angebotspolitik und die Wiederentdeckung der Technologiepolitik

1973 gingen die goldenen Jahre der Hochkonjunktur abrupt zu Ende. Noch 1972 hatten die Vereinten Nationen (UNO) geschrieben, es gebe keinen speziellen Grund, daran zu zweifeln, dass die Industrieländer in den kommenden Jahren im selben Stil weiterwachsen würden wie in den 1960er Jahren. Ein Jahr später sah alles anders aus: die Wachstumsraten kehrten sich binnen kurzer Zeit ins Negative, die Weltwirtschaft rutschte in eine tiefe Rezession. Der Auslöser der Krise war der Ölpreisschock, aber aufmerksamen Beobachtern war schon früher klar geworden, dass die Zeit immerwährender Prosperität bald zu Ende gehen würde, da sich das Produktivitätswachstum bereits vor 1973 spürbar verringert hatte. Dieser Prozess wurde überlagert von neuen Turbulenzen, die sich durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen ergaben, und von einem beschleunigten Strukturwandel der Weltwirtschaft. Das Resultat der schwierigen Umstände: Gewinneinbrüche und staatliche Defizite, Inflationsrekorde und Zunahme der Arbeitslosigkeit (Stagflation) sowie Energieprobleme und Zahlungsbilanzschwierigkeiten.⁸

Die Rezession führte zu einer neuen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Keynesianistische Krisenrezepte, die *deficit spending*, Sozialpartnerschaft, Ausbau des Sozialstaats und eine lockere Geldpolitik favorisierten, gerieten mit zuneh-

mender Dauer der Krise in Verruf. An ihre Stelle traten monetaristische Ansichten zur Inflationsbekämpfung und zur Steuerung der Geldmenge sowie angebotsökonomische Rezepte – das keynesianistische Ziel der Vollbeschäftigung wurde sekundär. Ende der 1970er Jahre mündeten diese neuen Strömungen in einen grundlegenden Politikwechsel in den USA und in Großbritannien. In den USA vollzog bereits Jimmy Carter 1978 eine konservative Wende, und 1979 begann der neue Notenbankchef Paul Volcker mit einer kompromisslosen Hochzinspolitik zur Bekämpfung der Inflation. In Großbritannien setzte sich Margaret Thatcher innerhalb der Konservativen Partei durch und gewann 1979 die Wahlen. Ihr Programm: die Inflation rigoros bekämpfen, den Staat durch Steuersenkungen und Sparmassnahmen zurückdrängen, die Märkte liberalisieren und deregulieren sowie die Staatsbetriebe privatisieren. Zwei Jahre später wurde der Republikaner Ronald Reagan amerikanischer Präsident. Er lancierte ein ähnliches Programm, was er mit dem berühmt gewordenen Satz begründete: «Der Staat löst keine Probleme, er ist das Problem.»⁹ Die wirtschaftsliberale Rezeptur war jedoch nur die eine Antwort auf die Ression der 1970er Jahre. Die zweite Antwort – und das wird aus heutiger Sicht oft unterschätzt – war eine neue Auffassung von Innovation und technischem Fortschritt, was zu einer Aufwertung der Technologie- und Innovationspolitik führte. Bis in die frühen 1970er Jahre war Innovation fast ausschließlich mit Rationalisierung und Standardisierung gleichgesetzt worden.¹⁰ Mit der neuen Konkurrenz aus Fernost, dem Auftreten der Mikroelektronik und der Verbreitung von neuen Managementmodellen änderte sich diese Konzeption grundlegend. Denn nun war mit der Mikroelektronik eine Technologie vorhanden, die nicht nur Rationalisierungen innerhalb bestehender Unternehmen ermöglichte, sondern durch ihre multiple Anwendung ganz neue Märkte und Gewinnmöglichkeiten schuf. Als dieser Paradigmenwechsel absehbar wurde, wuchs der Druck auf den Staat, die Diffusion der Mikroelektronik mit umfangreichen Massnahmenpaketen – Ausbildung, Forschungsgelder, Risikokapital – zu unterstützen.¹¹ Gefragt waren in diesem Politikfeld also keine wirtschaftsliberalen Konzepte, sondern eine aktive, interventionistische Rolle des Staats. Der Staat sollte die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft durch gezielte Massnahmen unterstützen. Diese neue Innovations- und Technologiepolitik erlebte in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren ihren Durchbruch. 1985 schrieb die OECD in ihrem *Science and Technology Policy Outlook*: “Government measures for promoting innovation have greatly expanded in recent years,

creating an elaborate structure of aids and incentives in almost all OECD countries.” Auch die Unternehmen, stellte die OECD fest, hätten ihre Forschungsanstrengungen seit den späten 1970er Jahren verstärkt und trotz der Rezession der frühen 1980er Jahre aufrechterhalten.¹²

Die schweizerische Krisenpolitik und die technologiepolitischen Initiativen des Bundes

Von all diesen Trends blieb die schweizerische Politik nicht unberührt. Auch hierzulande diskutierten Fachleute, Unternehmer, Bankiers, Politikerinnen und Politiker über die Folgen der flexiblen Wechselkurse, die hohen Ölpreise, das schwache Wachstum, die neue Konkurrenz aus Fernost und die Krise der herkömmlichen Wirtschaftspolitik. Die schweizerische Situation unterschied sich allerdings in einem Punkt fundamental von derjenigen der übrigen OECD-Länder: die Arbeitslosigkeit blieb trotz des Verlustes von rund 300'000 Arbeitsplätzen sehr gering, und so waren die sozialen Kosten der Rezession viel weniger sichtbar. Der wichtigste Grund für diesen markanten Unterschied war die restriktive Arbeitsmarktpolitik gegenüber Ausländerinnen und Ausländern: wer die Stelle verloren hatte und keine schweizerische Niederlassungsgenehmigung besass, musste die Schweiz verlassen. Diese Regelung betraf mehr als 200'000 Menschen – zehnmal mehr als die von den Arbeitsämtern ausgewiesene Arbeitslosenzahl.¹³

Das hatte weitreichende Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik. Die tiefe Arbeitslosenquote machte es wesentlich einfacher, die Inflation zu bekämpfen und das Budgetdefizit in Grenzen zu halten, obwohl der konjunkturelle Einbruch 1975 im OECD-Vergleich am heftigsten ausgefallen war. Die Inflationsrate betrug bereits 1976 nur noch 1,7% gegenüber 6,7% im Jahr 1975. Damit übertraf die Schweizerische Nationalbank selbst die für ihren restriktiven Kurs berühmte Deutsche Bundesbank. In Deutschland betrug die Inflationsrate 1975 über 8%, ein Jahr später rund 3%.¹⁴

Hinzu kam eine zweite schweizerische Besonderheit: die schwache keynesianische Tradition, die sich zu einem grossen Teil durch historische Gründe («strategische Synthese» im Zweiten Weltkrieg) und systembedingte Mechanismen (direkte Demokratie) erklären lässt.¹⁵ Für die Schweiz der 1970er Jahre lässt sich jedenfalls feststellen, dass die ideologische Verlagerung von

der nachfrageseitigen zur angebotsseitigen Wirtschaftspolitik viel schneller und geräuschloser stattfand als in anderen Ländern. Zwar vollzog auch die schweizerische Politik damals «eine schroffe Kehrtwende, einen eigentlichen Paradigmenwechsel gegenüber den Orientierungen der Hochkonjunktur» bzw. eine Art Restauration zugunsten der alten wirtschaftsliberalen Vorstellungen.¹⁶ Aber der Widerstand war viel schwächer als im übrigen Europa. Keynesianistische Vorschläge der linken Parteien und Gewerkschaften waren ohne Chance. Auch der Bundesrat unterlag – wenn auch äusserst knapp – mit seinem keynesianisch inspirierten Konjunkturartikel im Jahr 1975.¹⁷ Die scharfe Kritik vieler Ökonominnen und Ökonomen, die 1977 in ungewohnter Eintracht für eine antizyklische Finanzpolitik plädierten, verhallte ohne jede Wirkung. Dasselbe galt für die Expertengruppe «Wirtschaftslage», die der Bundesrat selbst im Frühjahr 1977 eingesetzt hatte: drei Jahre später wurde sie vom Bundesrat wieder aufgelöst. Die einzigen Konjunkturmassnahmen, die sich in der Krise realisieren liessen, waren Investitions- und Beschäftigungsprogramme. Sie waren von bescheidenem Umfang und kurzer Dauer. Die Expertengruppe «Wirtschaftslage» stellte im November 1977 dazu fest, «dass die im Rahmen der drei Konjunkturprogramme vorgenommenen Ausgabenerhöhungen von den übrigen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen überkompensiert wurden».¹⁸

So dominierten in der Schweiz bereits Mitte der 1970er Jahre jene Kräfte, welche die Krise als Folge struktureller Probleme auf der Angebotsseite betrachteten. Am stärksten wurde diese Meinung im Lager der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände vertreten, unterstützt von den Banken, der Nationalbank, dem Finanzdepartement, einer grossen Zahl bürgerlicher Politiker und der *Neuen Zürcher Zeitung*. Stellvertretend für diese Kreise schrieb im Mai 1977 Heinz Allenspach, der Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen: «Der Beschäftigungsverlust in diesem Ausmaße kann nicht als «vorübergehender Schwächeanfall» oder als eine korrigierbare konjunkturelle Schwankung angesehen werden. Mit der quantitativen Dimension hat sich auch die Struktur verändert.» Daraus leitete Allenspach ab, dass «die Fragestellungen der sechziger Jahre und der beginnenden siebziger Jahre» – damit waren keynesianistische Ideen gemeint – «nur noch sehr beschränkt für die Lösung der gegenwärtigen und künftigen Probleme sinnvoll» seien.¹⁹ Interventionistische Vorschläge auf der Nachfrageseite waren also ohne Erfolgschancen. Der wirtschaftspolitische Konsens lautete, dass strukturelle Mass-

nahmen auf der Angebotsseite ergriffen werden sollten. Die Frage war blass: interventionistische oder liberale Massnahmen?

Interessant ist, dass bei dieser Frage nicht nur die linken und bürgerlichen Organisationen miteinander in Streit gerieten, sondern dass auch der Bundesrat auf klare Distanz zu den Arbeitgeber- und Unternehmerverbänden ging. Und ebenso aufschlussreich ist aus heutiger Sicht, dass die wirtschaftsliberalen Kräfte die politische Agenda nicht allein bestimmen konnten, wie dies in den 1990er Jahren der Fall sein sollte. Auch die Interventionisten waren durchaus in der Lage, den politischen Diskurs zu prägen. Ihr Hauptanliegen war die Technologiepolitik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. 1985 bestätigte eine ökonomische Studie den diskursiven Erfolg der Interventionisten, indem sie feststellte, dass «Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren zunehmend konjunktur- und stabilitätspolitische Themen in den Hintergrund» gedrängt hätten.²⁰

Allerdings hatten die schweizerischen Befürworter einer interventionistischen Angebotspolitik bescheidene Vorschläge im Vergleich mit ihren ausländischen Kolleginnen und Kollegen. So lehnte es der Bundesrat kategorisch ab, Industriepolitik zu betreiben. Bereits im September 1975, als die Rezession noch jung war, warnte Volkswirtschaftsminister Ernst Brugger (FDP) vor übereilten Vorhaben. Es gebe zwar eine regionale Strukturpolitik in der Schweiz, aber die branchenmässige Strukturpolitik sei «noch heftiger umstritten als die Konjunkturpolitik».²¹ Dennoch unternahm der Bundesrat Schritte in diese Richtung. Im selben Jahr 1975 setzte Brugger eine Arbeitsgruppe Forschung und Entwicklung ein, die von Hugo Allemann, dem Präsidenten der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF), geleitet wurde. Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, die Probleme der besonders krisengeschädigten Branchen (Uhren-, Textil- und Maschinenindustrie) zu analysieren und abzuklären, wie ihnen durch Forschung und Entwicklung geholfen werden könnte.²² Mit anderen Worten: Der Bundesrat wollte zwar nichts wissen von keynesianistischer Nachfragebelebung und direkter Industriepolitik, aber er wollte durchaus eine interventionistische Angebotspolitik betreiben. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit hiess für ihn, die technologie- und innovationspolitischen Instrumente auszubauen. Das Parlament folgte den Vorschlägen des Bundesrats und bewilligte einen Kredit von 5 Mio. Fr. Die Arbeitsgruppe begann Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu unterstützen, und die Zahl der eingegangenen Gesuche überschritt bald einmal den vorgesehenen Betrag.

Dies bedeutete einen Durchbruch in der Geschichte der schweizerischen Technologiepolitik: «Mit dieser Aktion war eine Lanze für die Verstärkung der Förderung industrienaher Forschung als Mittel zur Krisenüberwindung gebrochen.»²³

1977 erhielten die Kräfte, die sich innerhalb der Verwaltung für mehr Interventionismus einsetzten, grosse personelle Unterstützung: der ehemalige Gewerkschaftssekretär Waldemar Jucker wurde zum Delegierten des Bundesrats für Konjunkturfragen gewählt, und die Stelle wurde von einer Halbstelle zu einer Vollstelle aufgewertet. Anders als sein Vorgänger, der St. Galler Professor Francesco Kneschaurek, war Jucker sehr empfänglich für interventionistische Ideen in der Technologiepolitik. 1977 wurde er zum Leiter einer Arbeitsgruppe, die präventiv verschiedene Massnahmenpakete ausarbeiten sollte, falls ein erneuter Beschäftigungseinbruch einträfe. 1978 schlug Jucker ein sogenanntes Impulsprogramm vor, das die Finanzierung von angewandter Forschung, industrieller Entwicklung und technikbezogener Ausbildung zugunsten der KMU vorsah.²⁴ Die KMU litten in der Tat besonders stark unter der Rezession, da nicht nur der Absatz stockte, sondern auch ihr Eigenkapital dramatisch sank – nicht zuletzt wegen des Wertverlusts der betriebseigenen Immobilien.²⁵ Da gleichzeitig ein Innovationsdefizit festgestellt wurde, die KMU aber keine eigenen Entwicklungsabteilungen finanzieren konnten, wollte Jucker den Staat als Innovationsförderer ins Spiel bringen.

Die Wirtschaftsverbände lehnten die Vorschläge Juckers zunächst ab. Das sei eine wettbewerbsverzerrende Einmischung des Staates, die auf eine Dauersubventionierung nichtlebensfähiger Betriebe hinauslaufe. Als sich jedoch die Konjunktur 1978 wieder abkühlte, bröckelte der Widerstand der Wirtschaftsverbände – mit Ausnahme des Gewerbeverbands – schnell ab. Es gelang dem Bundesrat, das Impulsprogramm in ein Paket mit «Massnahmen zur Milderung wirtschaftlicher Schwierigkeiten» zu integrieren und so über die Parlamentshürde zu bringen.²⁶ Das hiess: Die Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF) erhielt einen auf vier Jahre beschränkten Sonderkredit von 24 Mio. Fr., mit dem sie die praxisorientierte Forschung und Entwicklung fördern konnte.²⁷ Parallel zu diesem Paket baute der Bundesrat das regionalpolitische Instrumentarium aus. In einem Bundesbeschluss über Finanzierungsbeihilfen für wirtschaftlich bedrohte Regionen wurde vorgeschlagen, «dass der Bund Diversifizierungs- und Innovationsinvestitionen sowie die Ansiedlung neuer Industrien in wirtschaftlich einseitig geprägten und von

Arbeitslosigkeit bedrohten Regionen mit der Gewährung von Bürgschaften, Zinskostenbeiträgen und Steuererleichterungen unterstützen kann». Die Hilfe war an die Bedingungen geknüpft, dass gleichzeitig eine Bank Zinskostenbeiträge leiste und der betreffende Kanton die Standortpromotion mitfinanziere. Allerdings wurde die Vorlage im Ständerat abgeschwächt, weil die Gebirgskantone eine Bevorzugung der Uhrenkantone befürchteten.²⁸

Eine neue Rolle für den Staat: die IRG

Bei der Behandlung des Impulsprogramms stellte eine Minderheit der vorberatenden Kommission im Nationalrat im Dezember 1978 den Antrag, ein neues Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu prüfen, nämlich den erleichterten Zugang zu Risikokapital für KMU. Zielgruppe von Risikokapital sollten nicht nur bestehende Firmen sein, sondern auch angehende Unternehmer, die zwar zukunftsträchtige Ideen, aber kein Geld besassen. Weitere parlamentarische Vorstösse folgten im März und Oktober 1979. Auch einzelne Industriefirmen gelangten ans EVD. Der Bundesrat reagierte und setzte Ende 1980 eine Expertengruppe Risikokapital unter der Leitung von Waldemar Jucker ein. Damit dehnte sich die Debatte um die Angebotspolitik auf ein neues Terrain aus, und wiederum schieden sich die Geister an der Frage, welche Rolle der Staat dabei spielen solle. Die Befürworter einer interventionistischen Lösung waren dabei im Vorteil. Da der Bund begonnen hatte, Forschung und Entwicklung aktiv zu unterstützen, war nicht einzusehen, warum er sich nicht auch für die Erleichterung der Kapitalbeschaffung einsetzen sollte. Andernfalls drohten die Forschungsbemühungen zu versanden. Dass die Rezession die Finanzierungsprobleme der KMU dramatisch verschärft hatte und die Innovationsfähigkeit zu hemmen drohte, war hingegen in allen Parteien unbestritten. Der Begriff des Risikokapitals gehörte genauso wie derjenige der Wettbewerbsfähigkeit zum neuen Wortschatz der Wirtschaftspolitiker. Abgeleitet vom englischen *venture capital*, was korrekt übersetzt «Wagniskapital» bedeutet, tauchte das Wort in all jenen Debatten auf, in denen die Innovationstätigkeit der Schweizer Wirtschaft kritisiert wurde. Dabei kam es jedoch immer wieder zu Missverständnissen. Viele Gewerbetreibende verstanden unter Risikokapital nichts anderes als billigere Bankkredite, was aber die offiziellen Promotoren des Risikokapitals gerade nicht meinten. Zwar hatten auch sie KMU im

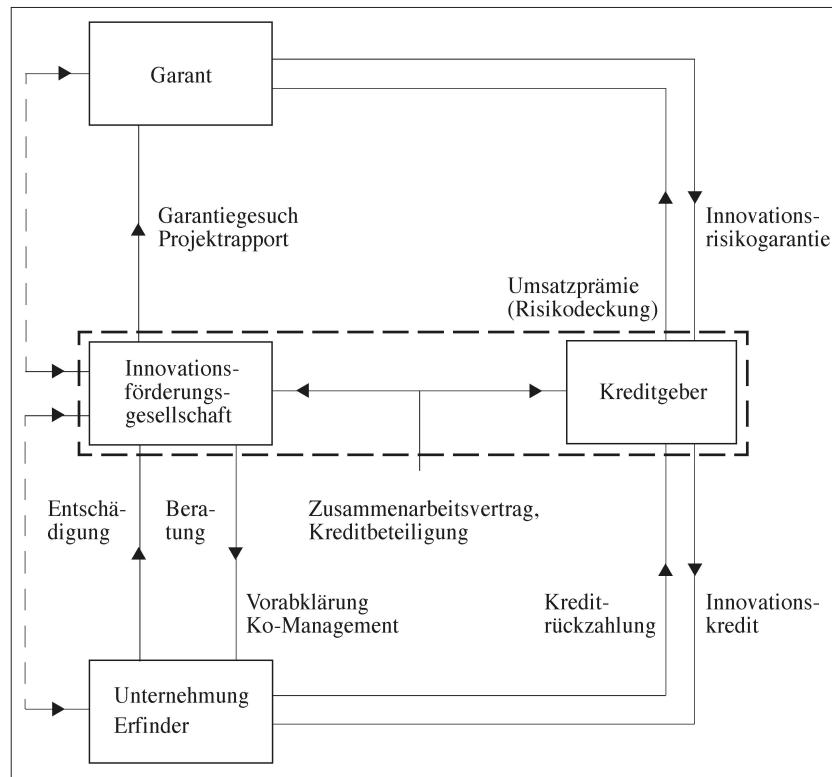
Auge, aber ihre Zielgruppe umfasste nur junge, gewinnträchtige High-Tech-Firmen mit sehr hohem Gewinnpotential. Risikokapital war deshalb v. a. für Anleger interessant, die für ihr Risiko mit hohen Renditen belohnt werden wollten. Das Problem war, dass dieser Mechanismus in der Krise zu wenig spielte. Es war Kapital vorhanden, und es waren Ideen vorhanden, aber Kapital und Ideen blieben in der Regel voneinander isoliert. Die Banken scheuteten riskante Kredite, weil sie zunächst die negativen Krisenfolgen eindämmen wollten, bevor sie sich in neue Abenteuer stürzten. Und für private Kapitalgeber war der Ideenmarkt zu wenig transparent, weil es kaum institutionelle Regelungen gab. Vor allem wurde immer wieder ein Mangel an kompetenter Beratung festgestellt.²⁹

Die Expertengruppe Risikokapital konnte sich bei ihrer Arbeit auf zwei Studien stützen.³⁰ Im Januar 1980 war der Bericht der Bankiervereinigung erschienen, in dem vorgeschlagen wurde, private Wagnisfinanzierungsgesellschaften zu schaffen. So könnten rund 50–100 Firmen pro Jahr unterstützt werden, vermuteten die Verfasser. Als weniger wünschbare Alternative schlug die Bankiervereinigung ein Modell mit Staatsbeteiligung vor. Vorbild war die von der Wirtschaft geschätzte Exportrisikogarantie, bei welcher der Staat die Rolle eines Rückversicherers einnimmt, für den Fall, dass ein Exportgeschäft nicht funktioniert. Die zweite Studie stammte vom Vorort, der bereits 1974–1976 eine Enquête bei den KMU unternommen hatte. Der Vorort schlug neben steuerlichen Entlastungen für die KMU die Schaffung eines Anlagefonds vor, aber sprach sich ausdrücklich gegen eine staatliche Beteiligung aus.

Die Expertengruppe unter dem Vorsitz Juckers war sehr staatsfreundlich zusammengesetzt. Es war deshalb kaum überraschend, dass sie das Alternativmodell der Bankiervereinigung favorisierte, weil dort der Staat eine wichtige Rolle einnahm. In ihrem Schlussbericht, den sie im Januar 1983 publizierte, empfahl sie dem Bundesrat, eine IRG ins Leben zu rufen (vgl. Fig. 1).

Die Grundidee war einfach: Der Bund soll die Rolle eines Rückversicherers («Garant») übernehmen, damit die Geldgeber mehr Risiken eingehen. Darüber entscheiden, ob der Bund bei einem Projekt als Garant auftritt, muss eine vom Bundesrat eingesetzte Kommission für Innovationsrisikogarantie. Scheitert das bewilligte Projekt, muss der Bund zahlen («Innovationsrisikogarantie»); gelingt es, erhält der Bund eine Risikoprämie («Umsatzprämie»). Zur Finanzierung der Verluste bzw. zur Vermehrung der Risikoprämien errichtet der Bund einen eigenwirtschaftlichen Fonds.

Fig. 1: Organigramm Innovationsrisikogarantie



Innovationsförderungsgesellschaften sind keine festen Institutionen, sondern werden je nach Projekt verschieden zusammengesetzt und wieder aufgelöst, sobald ihre Aufgabe erfüllt ist. Die Gesellschaft nimmt während der Realisierungsphase des Innovationsprojekts Beratungs-, manchmal auch Managementfunktionen wahr. Sie muss dafür sorgen, dass Kreditgeber und Erfinder miteinander ins Gespräch kommen und ihre Bedürfnisse aufeinander abstimmen. Je nach Projekt sind Kreditgeber und Innovationsförderungsgesellschaft identisch, zumal wenn es sich um einen erfahrenen *venture capitalist* handelt.

Grenzen der schweizerischen Technologiepolitik: das Scheitern der IRG

Der Bundesrat übernahm den Vorschlag der Expertenkommission und lancierte die IRG. Der Zeitpunkt war günstig. Zum einen hatten weitere parlamentarische Vorstösse die Schaffung einer IRG verlangt, so z. B. im Januar 1982. Zum anderen passierte das zweite Impulsprogramm 1982 («Massnahmen zur Förderung der technologischen Entwicklung und Ausbildung») oppositionslos die parlamentarische Hürde.³¹ Die wichtigsten Elemente waren die Gründung einer Schule für Wirtschaftsinformatik, Weiterbildungskurse im Bereich der rechnerunterstützten Konstruktionstechniken und der Bauwirtschaft sowie finanzielle Beihilfen für die anwendungsorientierte Forschung auf dem Gebiet der Mess- und Regeltechnik (rund 6 Mio. Fr.). Die Kosten betrugen 51 Mio. Fr., verteilt auf sechs Jahre.

Es schien also, dass eine aktiveres Technologiepolitik in den frühen 1980er Jahren nicht mehr soviel Widerstand hervorrief wie noch in den späten 1970er Jahren. Dennoch war sich der Bundesrat bewusst, dass er bei den Wirtschaftsverbänden und ihren Vertretern im Parlament auf grosse Ablehnung stossen würde. Aus ihrer Sicht sollte nach wie vor die Arbeitsteilung zwischen Staat und Industrie gelten: Der Staat sorgt für die Ausbildung, die Grundlagen- und die industrienahe Forschung; die Industrie finanziert die angewandte Forschung, entwickelt, produziert und verkauft die Produkte. Der Schweizerische Gewerbeverband argumentierte, dass nicht fehlende Forschung und Entwicklung, sondern die generelle Nachfrageflaute das Hauptproblem seiner Verbandsmitglieder sei. Von der IRG würden nur die wenigsten KMU profitieren können. Der Aargauer FDP-Ständerat Hans Letsch fasste die Argumentation der Gegner mit der – ironischerweise von der Linken ausgeliehenen – Parole zusammen: Es sei höchst bedenklich, wenn der Staat mithilfe, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren.³²

Der federführende Volkswirtschaftsminister, Bundesrat Kurt Furgler (CVP), wusste aber, dass die Wirtschaftsverbände in anderen Bereichen weniger Probleme mit Staatsinterventionismus hatten, z. B. bei der Landwirtschaftspolitik und der Regionalpolitik.³³ Ausserdem war 1983 die Rezession der frühen 1980er Jahre noch nicht vorüber. Man konnte also die IRG auch als Krisenbekämpfungsmaßnahmen anpreisen. Der Bundesrat schnürte deshalb zwei Pakete. Das erste Paket diente der kurzfristigen Krisenbekämpfung (ein Beschaffungsprogramm durch Vorziehen von Bauprojekten, ein Beschäftigungsprogramm und die Er-

höhung der Exportrisikogarantie); das Parlament stimmte der Vorlage im März 1983 zu. Das zweite Paket beinhaltete «Massnahmen zur Stärkung der mittel- und langfristigen Anpassungsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft» – eine Kombination von Regionalpolitik und Technologiepolitik. Der Bundesrat schrieb in der Botschaft vom 6. Juli 1983 unmissverständlich, er erachte «die beiden sich ergänzenden Massnahmen als notwendig», um die Anpassungsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft zu stärken.³⁴

Doch die Taktik des Bundesrats ging nicht auf. Das Misstrauen gegenüber staatlichen Eingriffen in die Innovationsfinanzierung war zu gross. Der ersterberatende Ständerat schnürte das Paket in der Sommersession 1984 wieder auf, verabschiedete die regionalpolitischen Massnahmen und verlangte Nachbesetzungen bei der IRG; der Nationalrat folgte ihm. Der Bundesrat arbeitete eine revidierte IRG-Vorlage aus, die – v. a. dank geschlossener Unterstützung durch die CVP und die SP – gutgeheissen wurde. Doch bürgerliche Parlamentarier, der Gewerbeverband und der Vorort brachten mühelos 50'000 Unterschriften für das Referendum zusammen, denn die Mitglieder der beiden Wirtschaftsverbände hatten sich seit der Behandlung im Parlament mit grosser Mehrheit gegen die Vorlage ausgesprochen. Die Volksabstimmung vom 22. September 1985 fiel nach einem intensiven Kampf zugunsten der Gegnerinnen und Gegner aus: die Einführung einer IRG für KMU wurde mit 695'288 zu 917'507 Stimmen abgelehnt (ca. 43% zu 57% der Stimmen).³⁵

Das Erbe der technologiepolitischen Reformära

Die Ablehnung der IRG war eindeutig, aber aus heutiger Sicht – nach der Stagnation der 1990er Jahre und einem Jahrzehnt der Deregulierung – vermag dies nicht zu überraschen. Erstaunlich ist vielmehr der hohe Anteil von Ja-stimmen. Eine so breite Unterstützung für eine interventionistische Technologiepolitik ist heute nicht mehr denkbar. 1992 lancierten die Gewerkschaft SMUV und die SP-Fraktion die IRG von neuem, die CVP-Fraktion versuchte es 1993 mit einem ähnlichen Vorstoss. Ohne jeden Erfolg. Der Bundesrat, der zehn Jahre früher mit allen Kräften auf die IRG gesetzt hatte, zeigte sich sehr skeptisch, und das Parlament wandelte den CVP-Vorstoss in ein Postulat um.³⁶ Damit war die IRG endgültig erledigt.

Die Zeiten haben sich grundsätzlich geändert. In der Krise der 1990er Jahre

dominierte die wirtschaftsliberale Krisenrezeptur die wirtschaftspolitische Agenda. Von der technologischen Wettbewerbsfähigkeit war zwar noch die Rede, und der Bund finanzierte weiterhin Studien der Wirtschaftsinstitute,³⁷ aber innerhalb des politischen Diskurses waren die Gewichte nun ganz anders verteilt. Wer von Wettbewerbsfähigkeit sprach, dachte weniger an die technologische Wettbewerbsfähigkeit als an die Verbesserung der Rahmenbedingungen.³⁸ Doch trotz dieser wirtschaftspolitischen Wende hat sich eine grundlegende Einsicht aus der Reformära der späten 1970er und frühen 1980er Jahre erhalten: dass der Bund Technologie und Innovation aktiver fördern muss. Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI), wie die KWF seit 1995 heisst, ist heute eine unbestrittene Institution des Bundes. 1975 – vor der grossen Rezession der 1970er Jahre – hatte sie einen Jahreskredit von 3,8 Mio. Fr. zur Verfügung, heute ist es ein zweistelliger Millionenbetrag.³⁹

Anmerkungen

- 1 Ich danke Bernhard Nievergelt für die wertvolle Kritik und die bibliographischen Hinweise.
- 2 *Die Volkswirtschaft* 2 (1977), S. 41 f.
- 3 OECD, *Science and Technology Policy for the 1980s*, Paris 1981, S. 1. Zur Bedeutung dieses Berichts für die internationale Diskussion: Aant Elzinga, Andrew Jamison, «Changing Policy Agendas in Science and Technology», in: Sheila Jasanoff et al. (Hg.): *Handbook of Science and Technology Studies*, Thousand Oaks 1995, S. 591.
- 4 Unter dem Stichwort «Revitalisierung» stellte der Bundesrat am 20. 1. 1993 – unmittelbar nach der verlorenen EWR-Abstimmung – ein umfangreiches Deregulierungsprogramm vor. Zur Deregulierung in den 1990er Jahren: Giuliano Bonoli, André Mach, *Switzerland – Adjustment politics within institutional constraints. Paper prepared for the conference «The Adjustment of National Social and Employment Policy to Economic Internationalisation»*, Manuskript, 1999; André Mach (Hg.): *Globalisation, néo-libéralisme et politiques publiques dans la Suisse des années 1990*, Zürich 1999; Klaus Armingeon, «Wirtschafts- und Finanzpolitik der Schweiz», in: Ulrich Klöti et al. (Hg.): *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich 1999, S. 739–745.
- 5 OECD, *Reviews of National Science and Technology Policy: Switzerland*, Paris 1989; Andreas Balthasar et al., *Technik-Standort Schweiz. Von der Forschungs- zur Technologiepolitik*, Bern 1991. Balthasar hat in der Folge mehrere Artikel und Studien verfasst, vgl. insbesondere: «Questions de politique technologique: l'exemple de la Suisse», in: Michel Bassand, Pierre Rossel, Marie-Annick Roy (Hg.), *Au-delà du laboratoire. Les nouvelles technologies à l'épreuve de l'usage*, Lausanne 1998, S. 303–315. Einen guten Überblick über die Forschungslage in den 1990er Jahren bietet Rossel Pierre: «Survey of Swiss research on innovation and technological change», in: Tarja Cronberg, Knut H. Sorensen (Hg.), *Similar Concerns, different Styles? Technology Studies in Western Europe*, Brüssel 1995, S. 369–404.
- 6 Bettina Heintz, Bernhard Nievergelt (Hg.), *Wissenschafts- und Technikforschung in der Schweiz*.

Sondierungen einer neuen Disziplin, Zürich 1998. Das Projekt wurde innerhalb der zweiten Ausschreibung des Schwerpunktprogramms «Zukunft Schweiz» bewilligt. Projektleiter ist Dietmar Braun, Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Lausanne. Vgl. Dietmar Braun, «Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik», in: Klöti et al. (wie Anm. 4), S. 841–879.

- 7 Die grossen Ausnahmen sind die beiden Standardwerke von Peter J. Katzenstein, *Corporatism and Change. Austria, Switzerland, and the Politics of Industry*, Ithaca 1984; *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*, Ithaca 1985. Der Standardaufsatz zur schweizerischen Wirtschaftspolitik seit den 1970er Jahren stammt von Armigeon (wie Anm. 4), S. 725–766. Die Technologiepolitik wird nur in wenigen Sätzen erwähnt, mit dem Verweis auf den Aufsatz von Braun im selben Band (wie Anm. 6), wo der wirtschaftsgeschichtliche Kontext nur einleitend angedeutet wird.
- 8 Die Literatur zur Krise der 1970er Jahre ist reichhaltig, aber noch fehlen die guten Synthesen. Zwei Sammelände bieten eine gute Orientierung: Andrea Boltho, *The European Economy. Growth and Crisis*, Oxford 1982; Nicholas Crafts, Gianni Toniolo, *Economic growth in Europe since 1945*, Cambridge 1996. Ausgezeichnet ist der Aufsatz von Andrew Glyn et al., «The Rise and Fall of the Golden Age», in: Stephen A. Marglin, Juliet B. Schor (Hg.), *The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience*, Oxford 1990, S. 39–125. Das UNO-Zitat befindet sich auf S. 36. Ein pragmatischer Vergleich der grossen Krisen des 20. Jahrhunderts, angeleitet von jahrelanger Erfahrung bei der Bank of England: Christopher Dow, *Major Recessions. Britain and the World, 1920–1995*, Oxford 1998.
- 9 Jens Borchert, *Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Grossbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich*, Frankfurt a. M. 1995, S. 17. Die Niederlande – in vielem vergleichbar mit der Schweiz – schwenkten auch früher als andere kontinentaleuropäische Länder auf die neue Linie ein, behielten aber wichtige Elemente ihrer wirtschaftspolitischen Tradition bei: Jelle Visser, Anton Hemerijck, *Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden*, Frankfurt a. M. 1998.
- 10 Diese Auffassung von Innovation ist typisch für die 1950er und 60er Jahre. Vgl. Ulrich Hilpert, *Neue Weltmärkte und der Staat. Staatliche Politik, technischer Fortschritt und internationale Arbeitsteilung*, Opladen 1991, S. 36; Glyn (wie Anm. 8), S. 88–92; Crafts/Toniolo (wie Anm. 8), S. 26 f.
- 11 Hilpert (wie Anm. 10), S. 61.
- 12 OECD, *Science and Technology Policy Outlook*, Paris 1985, S. 11.
- 13 Manfred G. Schmidt, *Der schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung. Eine Bilanz der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktpolitik*, Frankfurt a. M. 1985, S. 123.
- 14 Das Realwachstum betrug -7%. Eine ausgezeichnete Übersicht über die Schweiz in den 1970er Jahren bietet Michael Bernegger, *Die Schweiz unter flexiblen Wechselkursen*, Bern 1988, S. 67–71. Jürgen von Hagen, «Geldpolitik auf neuen Wegen (1971–1978)», in: Deutsche Bundesbank (Hg.): *50 Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948*, München 1998, S. 458: «Erst etwa ein Jahr nach Beginn der Rezession wurde deutlich, dass der Trend steigender Inflationsraten gebrochen und die Bundesrepublik aus dem Inflationszug der Industrieländer ausgescherzt war.»
- 15 Ein wichtiger Grund für die traditionell schwache Unterstützung keynesianistischer Konzepte war die Tatsache, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg eine «strategische Synthese» (A. S. Milward) realisieren konnte, die mit wirtschaftsliberalen Grundsätzen zu vereinbaren war. Vgl. Jakob Tanner, *Bundshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953*, Zürich 1986. Zu den übrigen

europäischen Ländern siehe Peter Hall, «Conclusion», in: Ders. (Hg.): *The Political Power of Economic Ideas. Keynesianism across Nations*, Princeton 1989, S. 386–389. Neuste ökonomische Publikation zur Wirkung der direkten Demokratie auf die Staatstätigkeit: Gebhard Kirchgässner, Lars P. Feld, Marcel R. Savioz, *Die direkte Demokratie – modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*, Basel 1999.

- 16 Bernegger (wie Anm. 14); Hansjörg Siegenthaler, «Entscheidungshorizonte im sozialen Wandel», *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 33 (1983), S. 414–431; Hanspeter Kriesi, *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik*, Frankfurt a. M. 1980; Peter Farago, Hanspeter Kriesi, *Wirtschaftsverbände in der Schweiz. Organisation und Aktivitäten von Wirtschaftsverbänden in vier Sektoren der Industrie*, Grüsch 1986; zur Kontinuität der wirtschaftsliberalen Vorstellungen in der Schweiz: Christian Werner, *Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928–1947*, Zürich 2000.
- 17 Im September 1975 legte die SP ein «konjunkturelles Sofortprogramm», das zwölf Punkte umfasste, vor. Vgl. Presse vom 26. 9. 1975. Zur Abstimmung über den Konjunkturartikel vom 2. 3. 1975: Es ergab sich eine befürwortende Mehrheit von 53%, doch das Ständemehr fiel knapp negativ aus. Eine abgeschwächte Vorlage wurde 1978 deutlich angenommen.
- 18 Silvio Börner et al. (Hg.), *Schweizerische Stabilisierungs- und Finanzpolitik. Grundlagen und Vorschläge für eine Reform der lang-, mittel- und kurzfristigen Finanzpolitik*, Diessenhofen 1978; Expertengruppe «Wirtschaftslage», *Lage und Probleme der schweizerischen Wirtschaft 1977/78*, Bd. 1, Bern 1977, S. 280. An der Jahrestagung der Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik im Mai 1979 wurde eine Grundsatzdiskussion über die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre geführt, vgl. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 3 (1979), S. 203 ff.
- 19 *Die Volkswirtschaft* 5 (1977), S. 253 f.
- 20 Philipp Halbherr, Najib Harabi, Heidi Schelbert-Syfrig (Hg.), *Schweizerische Volkswirtschaft unter Innovationsdruck*, Bern 1985, S. 1. Die Studie wurde im Rahmen des grossangelegten Nationalen Forschungsprogramms Nr. 9 veröffentlicht.
- 21 *Tages-Anzeiger*, 5. 9. 1975.
- 22 Balthasar et al. (wie Anm. 5), S. 34. Vgl. die Diskussion in den Gewerkschaften: Angelus Eisinger, *Die dynamische Kraft des Fortschritts. Gewerkschaftliche Politik zwischen Friedenspolitik, sozialökonomischem Wandel und technischem Fortschritt: Der SMUV 1952–1985*, Zürich 1996, bes. S. 232–243.
- 23 Balthasar et al. (wie Anm. 5), S. 34.
- 24 Ebd., S. 35.
- 25 Diese Situation wiederholte sich in den 1990er Jahren. Die Banken reagierten mit höheren Zinsen auf den Wertverlust des Eigenkapitals der KMU.
- 26 Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern (Hg.): *Schweizerische Politik im Jahre 1978*, Bern 1979, S. 56 f.; Botschaft vom 23. 10. 1978, *Bundesblatt* 2 (1978), S. 1373 ff. In diesem Paket waren folgende zusätzliche Massnahmen enthalten: Erhöhung der Subventionen an die Werbezentralen der Exportindustrie und des Fremdenverkehrs, einige vorgezogene Käufe des Bundes bei besonders stark in Mitleidenschaft gezogenen Branchen sowie steuerliche Entlastungen der Unternehmen durch die Erhöhung der Abschreibungssätze und die Verlängerung der Verlustvortragsperiode bei der Wehrsteuer. Die Kosten dieser Massnahmen betrugen rund 130 Mio. Fr.
- 27 Balthasar et al. (wie Anm. 5), S. 156. Für eine genauere Dokumentation der unterstützten Projekte bis Ende der 1980er Jahre siehe Dieter Freiburghaus, Willi Zimmermann, Andreas

Balthasar, *Evaluation der Förderung praxisorientierter Forschung (KWF)*, Bundesamt für Konjunkturfragen, Studie Nr. 12, Bern 1990, S. 34 ff. Von 1979 bis 1987 profitierten folgende Disziplinen am meisten von den KWF-Fördermitteln: Maschinen/Medizintechnik (18,4%), Verfahrenstechnik (18,2%), Elektronik/Mikroelektronik/Elektrotechnik (18,2%) und Materialwissenschaften (15,8%).

- 28 *Schweizerische Politik im Jahre 1978* (wie Anm. 26), S. 57. Aus internationaler Sicht stellte dieser Beschluss eine sehr bescheidene Intervention dar. Vgl. Katzenstein (wie Anm. 7), S. 225: "The government's program was modest."
- 29 Bundesamt für Konjunkturfragen (Hg.): *Risikokapital. Expertengruppe des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements*, Bern 1983, S. 21–24.
- 30 Alle folgenden Angaben stammen aus Bundesamt für Konjunkturfragen (wie Anm. 29). Zu den beiden Studien siehe S. 4–10.
- 31 Botschaft vom 3. 2. 1982, *Bundesblatt* 1 (1982), S. 1263 ff.
- 32 *Neue Zürcher Zeitung*, 2. 5. 1984.
- 33 Ernst Brugger war auf Ende 1977 zurückgetreten, Fritz Honegger auf Ende 1982. Furgler wechselte vom EJPD ins EVD und blieb bis Ende 1986, als er aus dem Bundesrat zurücktrat.
- 34 Botschaft vom 6. 7. 1983, *Bundesblatt* 3 (1983), S. 4841 ff.
- 35 *Schweizerische Politik im Jahre 1984* (wie Anm. 26), S. 66–68; *Schweizerische Politik im Jahre 1985* (wie Anm. 26), S. 62–63; Verhandlungen: *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Ständerat 1984*, S. 380 ff., 398 ff., 593; *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Nationalrat 1984*, S. 1223 ff., 1260 ff., 1461. Die Japarole beschlossen die CVP, die SP, der Landesring, die PdA und die beiden Gewerkschaften SGB und CNG; die Neinparole beschlossen die FDP, die SVP, die Liberalen, die EVP, die NA, die POCH und die beiden Wirtschaftsverbände Vorort und Gewerbeverband. Abweichende Kantonalsektionen der Parteien: LdU/SG und CVP/ZG (Nein) sowie FDP/GE, SVP/GR, LP/NE und EVP/SV (Ja). Die POCH brachte wachstumskritische Argumente vor. Klare Zustimmung zur IRG-Vorlage gab es nur in den Kantonen Jura, Neuenburg, Genf und Tessin; in allen anderen Kantonen wurde die IRG-Vorlage abgelehnt.
- 36 Die Antwort des Bundesrats wird am 8. 10. 1993 im Nationalrat behandelt. Ohne Diskussion wird der Vorstoss in ein Postulat verwandelt. Der Bundesrat schrieb: «[...] ist bei der Verfolgung von ausserfiskalischen Zielen durch die Steuergesetzgebung Zurückhaltung zu üben. Die Steuerverwaltung wäre bei der Beurteilung von Risikoinvestitionen mit sachfremden Aufgaben konfrontiert, für die sie keine ausreichende gesetzliche Kompetenz besitzt.» *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Nationalrat 1993*, S. 1959. Das Parlament beschloss aber im Oktober 1999 ein neues Bundesgesetz über die Risikokapitalgesellschaften, das auf den CVP-Vorstoss von 1993 zurückging und am 1. 5. 2000 in Kraft trat, vgl. *Die Volkswirtschaft* 7 (2000), S. 16–20.
- 37 Literaturübersicht in: *Die Volkswirtschaft* 3 (2000), S. 6–30; die neuste Publikation: Schweizerischer Wissenschaftsrat, *Die technologische Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Indikatoren, Bewertungen, Diskussion, Fakten & Bewertungen* 2 1999.
- 38 Siehe Literaturhinweise unter Anm. 4.
- 39 Balthasar et al. (wie Anm. 5), S. 156. In den 1990er Jahren geriet die Kommission vorübergehend in Schwierigkeiten. In der Sondersession vom April 1997 stopfte das Parlament das finanzielle Loch der KTI. Vgl. Presse vom 18. 4. 1997.

